

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

33 (24.4.1847)

Die Rundschau.

N^o 33.

Karlsruhe, Samstag den 24. April

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreispaltigen Zeile berechnet.

** Ueber Eisenbahnen.

Jedermann wird damit einverstanden sein, daß die Eisenbahnen in ihrer Verbindung ein großes materielles Interesse für Deutschland darbieten. Dennoch hat unseres Wissens noch keine Verständigung über ein gemeinschaftliches Eisenbahnsystem aller deutschen Staaten stattgefunden. Jeder Staat baut für sich, wie es gerade seine Verhältnisse und seine Sonderinteressen mit sich brachten, und ergab sich eine Verständigung zwischen mehreren Staaten, so war sie mehr das Produkt des Zufalls und der Thätigkeit Einzelner, als eines allgemeinen zum Voraus überlegten Planes. Daher kommt es, daß gewisse Eisenbahnlinien auf eine wahrhaft unverantwortliche Weise vernachlässigt worden sind. Niemand wird in Abrede stellen können, daß es in militärischer und politischer Hinsicht keine wichtigere Linie gibt, als die, welche bestimmt ist, Wien, München, Ulm, Stuttgart, Karlsruhe und Raftatt zu verbinden. Wie erinnern uns daran, daß der deutsche Bund in Ulm und Raftatt mit großen Kosten zwei neue Festungen baut, deren Vertheidigung und volle Wirksamkeit durch die Herstellung eines zweckmäßigen Eisenbahnsystems im Süden von Deutschland bedingt ist. Was ist aber in dieser Beziehung bisher geschehen? Baden hat sich nicht mit Württemberg, dieses nicht mit Bayern, und Bayern nicht mit Oesterreich über den Bau einer großen Westostbahn verständigen können, während dieselben Staaten mit dem größten Eifer die vom Süden nach dem Norden gehenden Eisenbahnlinien bauen und es ihnen ein Leichtes war, sich über die Fortsetzung dieser Bahnen mit den Nachbarstaaten zu vertragen. — Wir sind weit entfernt, die commercielle Wichtigkeit dieser Bahnen in Abrede stellen zu wollen, allein an militärischer und politischer Bedeutung stehen sie der Westostbahn zuverlässig nach, während letztere nicht mindere Vortheile für den Handel und Verkehr der süddeutschen Staaten darbieten würde. Bei diesen Bauten befindet sich Württemberg in einer eigenthümlichen Lage. — Dieser Staat, dem auf keiner Seite Anknüpfungspunkte möglich sind, außer durch Bayern und Baden, mit denen es sich nicht zu verständigen vermag, wird mitten in Deutschland wie eine Dase behandelt, und liefert keinen erfreulichen Beweis von der Einigkeit und dem Zusammenwirken der deutschen Regierungen in Erreichung der höhern und allgemeinen Zwecke Deutschlands.

Inzwischen eilen die Bahnlinsen im Norden von Deutschland mit raschen Schritten ihrer Vollendung entgegen, und wir müssen die Schmach erleben, daß bereits davon die Rede ist, die englisch-indische Post von Triest über Wien, Berlin, Hannover, Köln und Ostende statt durch Süddeutschland zu leiten. Und weshalb vermag man sich denn nicht über den

Bau der Westostbahn zu verständigen? Wohl nur deshalb, weil jede der beteiligten Regierungen ihren Staat und die Lokalitäten, die ihnen die wichtigsten scheinen, vorzugsweise zu begünstigen trachtet und darüber den höhern und ungleich wichtigeren Zweck aus den Augen verliert. Wir möchten z. B. wissen, ob das wahre Wohl von Baden mehr dadurch gefährdet würde, wenn man die Eisenbahn von Stuttgart über Bretten nach Bruchsal, statt über Pforzheim nach Karlsruhe führte, als wenn überhaupt keine Eisenbahnverbindung mit Württemberg zu Stande käme? Man nehme den Fall eines Krieges mit Frankreich an, wo Alles darauf ankommt, in kürzester Frist die möglichst große Truppenmasse zwischen den Festungen Raftatt, Germersheim und Landau zum Schutze des Oberrheins aufzustellen, würden alsdann nicht diejenigen Staatsmänner, welche nur deshalb eine gegenseitige Verständigung verhinderten, weil sie nicht gerade ihre Ansicht durchzusetzen vermochten, die schwerste Verantwortung auf sich geladen und vielleicht die Existenz des Großherzogthums gefährdet haben? Würde selbst ohne Krieg nicht dieselbe Verantwortlichkeit auf ihnen lasten, wenn wegen Unterbrechung der oftweilichen Eisenbahnlinien im südlichen Deutschland, der Handel und Verkehr, so wie der Zug der Reisenden sich mehr und mehr dem Norden Deutschlands zuwendete? — Es ist bekannt, wie schwer es hält, das einmal Verlorene wieder zu erwerben, und wie hegen die ernstlichste Besorgniß, daß die süddeutschen Staaten sich in dieser Beziehung jetzt schon die schwerlichsten Vorwürfe zu machen haben. Wir hätten wahrlich nicht gedacht, daß bei dem erweiterten Gesichtskreis, dessen wir uns in den Staatsangelegenheiten erfreuen, sich im Süden von Deutschland mit den Eisenbahnen dasselbe Schauspiel erneuern würde, wie mit den Chaussees, die von dem einen Staat mit der größten Sorgfalt bis an die Landesgrenze gebaut, von dem benachbarten Staate aber nicht fortgesetzt wurden, weil sonst einige Frachtwagen das eigene Gebiet einige Stunden früher hätten verlassen können. — Soll Deutschland in der That groß und mächtig werden, so muß eine solche Engherzigkeit abgelegt werden, und alle Staaten müssen in dem gegenseitigen Vortheil den eigenen Vortheil finden. Diese Wahrheit möchten wir nicht nur den Regierungen, sondern auch den Ständeversammlungen an's Herz legen, damit man uns nicht mit Recht den Vorwurf machen möge, wir führten die großen Worte nur im Munde.

Die Adresse des preussischen Landtags auf die Thronrede ist so bald zu Stande gekommen, als man erwarten konnte; da die Meinungen so sehr getheilt und die Mitglieder noch wenig mit einander bekannt waren, so ist es natürlich, daß

längere Erörterungen stattfanden. Die Mehrheit der Commission war übrigens darin einig, daß auf die älteren Gesetze Bezug genommen und periodische Einberufung der Stände, Steuerbewilligungsrecht und Zustimmung zu Anleihen ohne Beschränkung u. s. w., kurz diejenigen Befugnisse verlangt werden sollen, welche die Gesetze von 1815 und 1820 den Reichsständen zusagen. Die drei Mitglieder des Herrenstandes, welche zu der Commission gehören, sollen sich der Mehrheit angeschlossen haben. Berichterstatter war der rheinische Abgeordnete, Herr v. Beckerath; sein Entwurf, heißt es, habe viele Aenderungen in der Commission erlitten; am 15. April wurde die Adresse in die Plenarversammlung gebracht. Ueber den Inhalt und die Verhandlungen haben die Zeitungen bis jetzt nur summarische Berichte geliefert. Im Anfang der Sitzung wurde gegen den Bericht der allgemeinen preussischen Zeitung über die erste Sitzung Einsprache erhoben; namentlich bemerkte Graf Schwerin, er habe keine Dankadresse, sondern eine Adresse beantragt; der Minister v. Bodelschwingh versprach für die Zukunft genauere Berichte. Die Adresse selbst enthält die ange deuteten Verwahrungen, welche von dem Berichterstatter v. Beckerath und dem Abg. Camphausen vertheidigt wurden. Fürst Lichnowski, der bekannte Anhänger des Don Carlos, hielt einen Vortrag, der sich nicht in den parlamentarischen Formen bewegte und einen für den Redner ungünstigen Eindruck machte; ob er für oder gegen die Adresse gesprochen, ward den Zuhörern nicht klar. Der ehemalige Minister Graf Arnim erklärte sich für periodische Berufung und gegen die Stellvertretung durch Ausschüsse, wünscht aber in der Adresse keine speziellen Verwahrungen, damit es der Krone möglich werde, die Wünsche der Stände noch im Laufe der Versammlung zu erfüllen. Die Verhandlung wurde nicht zu Ende gebracht, sondern auf die folgende Sitzung verschoben. In der Verhandlung vom 16. schlug der Abg. v. Auerswald zwischen dem Entwurf der Adresse und dem Vermittelungsvorschlage des Grafen v. Arnim wieder einen Mittelweg vor, den auch die große Mehrheit betrat. Die Adresse wurde mit 487 gegen 107 Stimmen angenommen. Die Gegner theilen sich in solche, denen die Adresse zu viel, und Andere, denen sie zu wenig sagt. Auf eine Widerlegung des in der Thronrede entwickelten Systems läßt sich die Adresse nicht ein und darin thut sie wohl, denn es wäre überflüssig gewesen; dagegen verwahrt sie die aus den früheren Gesetzen fließenden Rechte. Wenn die Stände hiernach das Patent vom 3. Febr. nicht als den Schlüsselstein des ständischen Baues betrachten, und bei ihren Geschäften die Rechte üben, welche den Reichsständen seit mehr als 30 Jahren zugesichert sind, so wird die Erklärung der Thronrede, daß nicht nach Paragraphen regiert werden soll, zu allernächst auf die Paragraphen der Verordnungen vom 3. Februar Anwendung finden.

Die in der Hauptvorlage erwähnte Botschaft wegen einer Anleihe zur Ausführung der preussischen Ostbahn ist in der allgem. preussischen Zeitung erschienen. Sie verweist auf eine Denkschrift des Finanzministers, worin über die Privatunternehmungen Auskunft gegeben wird, welche mit Bethelung und Unterstützung des Staates erfolgt oder gesichert sind. Hiernach fehlt dem Eisenbahnen noch die wichtige Verbindung von Berlin nach Danzig und Königsberg. Für ein Privatunternehmen ist bei dem gedrückten Geldmarkte keine Aussicht, es bleibt also nur der Bau auf Staatskosten übrig. Aus den ordentlichen Mitteln könnte dieser nur sehr langsam

in einer Reihe von Jahren ausgeführt werden. Soll es in kürzerer Zeit geschehen, so muß eine Anleihe aufgenommen werden, wofür die Zinsen und der Tilgungsfond aus dem Eisenbahnfond, der bis zu 2 Millionen Thaler jährlich beträgt, zu schöpfen wären. Die Stände werden aufgefordert, sich hierüber zu äußern, damit, im Falle der Zustimmung, die Anleihe nach Gelegenheit und Bedarf abgeschlossen werden könne. — Die Gesessammlung bringt ein Gesetz über die Errichtung von Handelsgerichten, deren Mehrheit aus Handelsleuten besteht. — Die allgem. preussische Staatszeitung veröffentlicht eine Denkschrift des Ministers v. Thile über die Verwaltung des Staatschazes von 1840 bis 1846. Dieser Schaz ist zur Bestreitung der ersten Kriegskosten im eintretenden Falle bestimmt. Der Bestand bei der Thronbesteigung des jetzigen Königs wird „aus leicht begreiflichen politischen Gründen“ nicht angegeben, dagegen wird erklärt, daß er seit 1840 um 7,645,400 Thaler vermehrt worden ist. Er besteht aus baarem Gelde, mit Ausnahme von 1,673,775 Thalern, welche unter der Regierung des vorigen Königs, und 1,972,875 Thalern, welche 1845 an die Staatskasse abgeliefert und wofür Schuldapiere eingelegt wurden, deren Zinsen der Schaz bezieht. Derselbe erhält seine Zusüsse aus Einnahmeüberschüssen, Kassenbeständen, Erlös aus Staatsgütern, der nicht zur Schuldentilgung bestimmt ist und anderen zufälligen Einnahmen. — Solche Geldanhäufungen für den Kriegsfall sind eine Ueberlieferung aus früheren Zeiten, die von der heutigen Wissenschaft nicht mehr als zweckmäßig erkannt werden, weil sie einer fruchtbareren Verwendung und dem Umlaufe entgegen.

(Das Lotto. Aus dem deutschen Zuschauer.) Allgemein sind die Klagen über Verarmung des Mittelstandes in den Städten und in den Dörfern. Viele wollen ein Mittel dagegen in Beförderung der Auswanderungen gefunden haben und lassen ganze Gemeinden ihre Habe verkaufen und nach Amerika ziehen. Die meisten dieser Landleute sind schwer mit Schulden beaftet, und die noch Vermögen zu einem sicheren Auskommen haben, werden genöthigt, es zu verlassen und der Mehrzahl zu folgen; dadurch werden dem Vaterlande viele thätige und achtbare Familien entrisen, und mit ihnen Geld und Geldeswerth. Blicken wir nun auf die Gründe dieser Verarmung, so ist unter vielen anderen auch einer; das Lotto. Nach einer vieljährigen Erfahrung, die ich in Städten und Dörfern gemacht habe, sinken jedes Jahr viele Familien in Armuth und Elend in Folge des leidigen Lottos und Lotteriespiels. Dazu wird nun täglich Gelegenheit geboten, indem die Unterkollektors, wie eine Heerde Alles verschlingender Heuschrecken, das Land überziehen und ihre ganze Kunst aufbieten, nicht allein die Besitzer der Häuser, sondern auch armes Gefinde und Tagelöhner zu diesem stuchwürdigen Spiel zu verführen. Sehr viele von diesen Verführten kennen das Spiel nicht und trifft auch ein Loos einen größern Gewinn, so fällt er gewöhnlich in die Hände der Kollektors und der Gewinner selbst erhält meistens nur einen kleinen Theil von seinem Guthaben. Wie einträglich ein solches Geschäft ist, zeigt sich auch besonders darin, daß sich in der Gegend um Frankfurt eine unzählbare Menge von Unterkollektors herumtreibt, die mit ihren Familien größtentheils sehr gut leben und dazu noch Vermögen sammeln. In einem kleinen Städtchen

von circa 4,500 Seelen leben achtzig Familien von der Lotterie, wovon eine ungefähr 300 Loose absetzt, und ich erinnere mich, daß ein Landmann in einem Jahr 17 Viertel durchgespielt hat. Der Kollekteur wurde Besitzer von Haus und Hof des armen Betrogenen. — Auch in den Ländern, wo die Lotterien aufgehoben und beschränkt oder verboten sind, wissen die Kollekteurs ihren Absatz so fein einzurichten und die Einlagen auszubenten, daß keine gerichtlichen Verhandlungen darüber möglich sind. — Es zweifelt wohl Niemand mehr daran, daß die Spiele volksverderblich sind und den Pauperismus im höchsten Grade befördern. Wäre es nun nicht an der Zeit, diese Pest zu heilen und aus allen deutschen Staaten zu verbannen? Ja, wahrlich, es würde weniger untreues Gefinde, weniger Diebe und weniger Banquerutte geben; das Geld, was die Kollekteurs verschlingen, würde in die Sparkassen fließen und der ganze Mittelstand würde bleiben, was er war, — die Stütze der Staaten.

— Rektor Conrad Stoll in Mosbach erklärt in der Abendzeitung, daß er bei dem Aufruf zur odenwälder Revolution, womit das Morgenblatt den Namen Stoll in Verbindung gebracht, nicht theilhaftig sei; an dem ganzen Lärm wegen Aufruhr von Mosbach, Mudau, Buchen, Adelsheim, Borberg sei nicht eine Sylbe war. — Der in Untersuchung befindliche Mann soll, wie seither berichtet wurde, ein Sohn des ehemaligen Rektors, Seifensieder Stoll in Mudau sein. Unsere frühere Mittheilung wird nun von verschiedenen Seiten bestätigt. Ein beherzigenswerther Artikel in der Abendzeitung aus dem Odenwalde äußert sich zunächst über die Grundlosigkeit der Befürchtungen einer Revolution im Odenwalde, tadelt aber zugleich die Theilnahmslosigkeit seiner Bewohner am öffentlichen Leben. Statt des früheren Wohlstandes treffe man jetzt schauerhafte Noth und Armuth, besonders in jenem Theil, der von Buchen bis an den Neckar zieht. Die Regierung und die Grundherrschaften hätten die gewisse Aussicht, binnen wenigen Jahren über lauter Arme zu herrschen. Allein das Sprichwort, daß der Odenwald ein Stiefkind sei, habe derselbe selbst verschuldet, indem er es aus Rücksichten, um nirgends anzustoßen, unterlassen habe, seine Bedürfnisse mit Nachdruck geltend zu machen. Dann fährt er fort: „Eine außerordentliche Zeit verlangt außerordentliche Maßregeln. Ich glaube, daß es noch nicht hinreichend ist, wenn der Staat die eingekauften Früchte unter persönlicher Garantie der Gemeinderäthe um bestimmte Preise abgibt, denn wie dieß bei uns häufig vorkam, und wie es sich auch leicht denken läßt, werden die Gemeinderäthe nicht sonderlich Lust haben, persönliche Bürgschaft für so große Capitalien leisten zu wollen. Viele haben deswegen auf den Empfang von Früchten Verzicht geleistet, während man unter anderen Bedingungen, z. B. unter Bürgschaft der Gemeinden, gewiß Gebrauch von dem Anerbieten gemacht hätte, wie dieß, so viel mir bekannt ist, im benachbarten Hessen geschehen ist, woselbst viele Gemeinden im Stände sind, den Unbemittelten das Brod um 4 bis 6 Kreuzer billiger geben zu können. Die Aufnahme von Arbeiten, z. B. Straßenbau, würde einem großen Theil der Armen im Odenwalde eine erwünschte Beschäftigung geben. Man würde damit zwei Fliegen mit einem Schläge treffen, der Arme würde Arbeit und Brod erhalten, und die Odenwälder Stiefkinder bekämen endlich Straßen und hätten nicht mehr nöthig zu dem

schon so oft versuchten Petitioniren ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Es liegt in dieser verhängnißvollen schweren Zeit eine ernste Aufforderung an den Staat, die nicht unbeachtet vorbegehen möge. Noch lauten die Worte: gebt uns Arbeit oder Brod — wolle Gott, daß man nicht das Erstere weglassen und das Letztere wähle. Noch lebt der Bewohner des Odenwaldes in freudiger Hoffnung auf ein Besserwerden, die herrlichen Saaten berechtigen ihn dazu, und es ist deshalb, so arg die politische und sociale Noth noch immer drängt, an keinen Versuch zu denken, daß eine „Revolution“ bei uns ausbrechen werde; die getroffenen Vorsichtsmaßregeln brauchen keineswegs so streng zu sein, besonders wenn die verschiedenen Beamten sich dem entwickelnden Bürgerthume, das nur Recht und Ordnung verlangt, nicht mit Gewalt feindselig gegenüberstellen, sondern Hand in Hand mit demselben gehen; dann wird der Bürger freudig dem Rufe zur Aufrechterhaltung verminderten Gesetzes folgen, und die moralische Kraft wird Sieger bleiben. Sollte der lächerliche Versuch eines Mudauer Seifensieders schuld sein, daß man unsere Gegend mit Arbeit versehen würde, so könnten wir uns einigermaßen mit dessen leerem Projekte versöhnen, weil dadurch die Masse Vortheil erlangte. Indessen bitten wir um Arbeit, damit man Brod kaufen kann, denn sonst sind Viele gezwungen, nur noch um Brod zu bitten.“

Briefe.

Mannheim, 20. April. Durch den Vorschuß von 500 fl. aus Gemeindemitteln ist der hiesige Unterstützungsverein in den Stand gesetzt worden, den Verkauf von Kartoffeln in kleinen Quantitäten zu billigen Preisen noch etwa vier Wochen fortzusetzen; allein dies war im Anfange des Monats, jetzt naht das Ende, aber leider noch nicht das Ende der Theuerung; vielmehr sind die Preise, namentlich der Kartoffeln, noch ungewöhnlich hoch; in den letzten Tagen wurde auf dem Markte das Malter um 11 fl. verkauft. Unter diesen Umständen wäre das Aufhören der Unterstützung, welche der Verein den minder Bemittelten angedeihen läßt, im höchsten Grade beklagenswerth und derselbe denkt auf Mittel, seine wohlthätige Wirksamkeit abermals für einige Zeit zu fristen. Demzufolge wird nun, nachdem der Ertrag einer Lotterie des Frauenvereins und der Vorschuß der Gemeinde verbraucht sind, die Musik zu Hilfe genommen. Am 29. d. M. wird nämlich im großen Theatersaale zum Besten des Unterstützungsvereins ein Concert stattfinden. Kapellmeister Lachner hat die Leitung übernommen und die ausgezeichneten Mitglieder der Bühne so wie des Orchesters haben ihre Mitwirkung zugesagt und der Erfolg wird sicher kein unbedeutender sein. — Für Milderung der Noth im Odenwalde soll hier ebenfalls durch Zusammentritt von Männern ohne Unterschied der Stände und Meinungen etwas geschehen, nachdem uns die Residenz damit vorangegangen ist. Hier thut Eile noth und wir hoffen, daß die Ausführung nicht lange auf sich warten lasse. — Wie anderwärts, so ist auch hier der Fruchthandel eine Frage des Tages; er wird als Ursache der Theuerung angegriffen, als Mittel gegen größere Theuerung vertheidigt, und die Erörterungen werden von beiden Seiten mit der Lebhaftigkeit geführt, welche bei einer Frage, die jeden Einzelnen in seinen ersten Bedürfnissen, seinen Nahrungsverhältnissen, so nahe be-

rührt, natürlich ist. Der Fruchthandel, welcher Getreide in den Bezugsländern, wo es am billigsten ist, kauft, und dasselbe nach Umständen vielleicht schon an Ort und Stelle wieder abgibt, oder es verkauft, während es noch in Bewegung ist, oder es alsbald nach seinem Eintreffen zu Markt bringt, von diesem kann man nicht sagen, daß er Ursache der Theuerung sei, vielmehr ist er eine Folge derselben. Er würde nicht so lebhaft sein, wenn nicht in seinem Bereiche der Begehr stark und deshalb der Preis hoch wäre. Sicher würden die Preise nicht niedriger, sondern höher sein, wenn die großen Mengen Getreide und Mehl nicht aus fernen Ländern auf die europäischen Märkte gebracht worden wären und noch fortwährend herbeigeschafft würden. Aber es geschieht gar häufig, daß die Menschen die Wirkung mit der Ursache verwechseln. Wenn wie nicht irren, so wird sich noch vor der nächsten Ernte Gelegenheit geben, anschaulich zu machen, daß das Uebel der Theuerung nicht in dem Fruchthandel, sondern in der Unzulänglichkeit der Ernte seinen Grund hat. Wenn nämlich die bis jetzt rheinaufwärts angekommenen, früher erkaufte Früchte abgesetzt sind, wird schwerlich mehr viel nachfolgen. Denn einmal sind die Preise in Holland im Augenblicke so hoch und die Vorräthe so unbedeutend, daß kaum zu kaufen ist, und zweitens sie die Ankunft der von entlegenen Märkten zu beziehenden Vorräthe so spät, daß inzwischen die Ernte eingetreten sein wird, also von Seiten des Handels viel Muth dazu gehört, noch etwas zu wagen. Es wird sich dann zeigen, daß mit der Abnahme des Fruchthandels das Uebel nicht abnehmen wird, bis eine gesegnete Ernte der wahren Ursache desselben, dem Mangel, abhilft. Jene Art des Handels oder der Speculation dagegen, welche die Früchte von den Märkten abzuhalten sucht, also in die ungezwungene Bewegung des Handels hemmend eingreift, und die Theuerung künstlich zu erhöhen trachtet, jener Wucher, hat keinen Anspruch auf Freiheit. Ihm ist die Gesetzgebung zu allen Zeiten entgegen getreten, er hat auch auf eine oder die andere Weise meist seine Strafe gefunden. Der freie Verkehr ist in doppelter Richtung aufrecht zu erhalten; sowohl gegen Beschränkungen durch die Staatsgewalt — und in dieser Beziehung können wir uns Glück wünschen, daß der Zollverein Sperrmaßregeln seiner Glieder gegen einander nicht gestattet — wie gegen Beschränkungen durch den Wucher — und hierüber bestehen in Baden wie in anderen Ländern Vorschriften, welche zu handhaben sind. Daß übrigens große Vorräthe, die für den Markt bestimmt gewesen, demselben entzogen und aufgespeichert worden, halten wir für sehr unwahrscheinlich. Wären die Vorräthe aufgenommen und darnach der Bedarf ermittelt worden, so würden nicht irtige Meinungen sich im Publikum erhalten können; es ist zu bedauern, daß dies unterblieben, oder wenigstens nichts darüber bekannt geworden ist.

Karlsruhe, 23. April. Das Regierungsblatt vom 22. Nr. XVI. enthält ein provisorisches Gesetz vom 21. April, die Ausgangszoll-Erhöhung von Getreide betreffend. Hiernach treten die früheren Bestimmungen, welche einen Ausgangszoll von 25 Procent des Preises anordnen, außer Kraft, und es werden höhere Zölle, welche ungefähr die Hälfte des Preises betragen, erhoben, nämlich: von Weizen, Kernen und Hülsenfrüchten, das badische Malter 12 fl.; von Roggen, Mais 10 fl.; Gerste 8 fl.; Dinkel (Svelz) 5 fl.; Haber 4 fl.; von Mehl und anderen Mühlenfabrikaten 6 fl. 40 kr., Brod 5 fl. — Diese Zölle sind mit Bayern und

Württemberg verabredet, „im Hinblick auf das immer noch anhaltende Steigen der Fruchtpreise und auf die, ungeachtet der demaligen Ausgangszölle fortdauernde beträchtliche Ausfuhr von Getreide und Mehl.“ Diese Zölle fließen in die Zollvereinskasse.

Verschiedenes.

— Der Senat der freien Stadt Frankfurt wird von höheren Mächten zu Maßregeln gegen geistige Kräfte gedrängt. Außer Dr. Löwenthal, der bei der „literarischen Anstalt“ theilhaftig ist, welche Dronke's Buch verlegt, ist auch Dr. Pommel, welcher im Montagstränzchen treffliche Vorträge hielt, genöthigt worden, seinen Aufenthalt in Frankfurt abzukürzen.

— Der Heidelberger Gustav-Adolfsverein hat endlich auch ausgesprochen, daß die Versammlung in Berlin unrecht gethan habe, als sie Herrn Rupp von Königsberg ausschloß.

— Nach der Besetzung ist der Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen England und dem Zollverein vom 2. März 1841 wirklich gekündigt worden; auch soll im Herbst eine Zollconferenz zusammentreten, um den Fehler wieder gut zu machen, der in Berlin dadurch gemacht wurde, daß der Garnzoll eine ungenügende Erhöhung erfuhr, wodurch den Spinnereien nicht geholfen wurde, während die Verweigerung eines Rückzolls den Webereien schadet.

— Der Kaiser von Rußland geht von Warschau nach Stuttgart, ohne Berlin zu berühren; man spricht davon, daß er Straßburg besuchen und dort die Herzoge von Nemours und Anjou sehen werde, um das durch den Rentenkauf angebahnte freundschaftliche Verhältniß noch fester zu knüpfen.

— Der sächsische Abgeordnete Schaffrath, von seinem Wohnorte Neustadt zum Stadtrichter gewählt und von dem Appellationsgerichte bestätigt, ist von der Kreisdirection, welche dafür gar nicht zuständig ist, nicht bestätigt worden.

— Der Weimarsche Landtag hat auf den Antrag des Abg. von Wydenburg beschlossen, um Vereinerung der Domänenverwaltung mit der Landschaftskasse zu bitten, woraus dann an das Großherzogliche Haus eine Civilliste abgegeben werde; würde dieser Antrag nicht genehmigt, so solle das Domänenvermögen besteuert und außerdem von dem Ertrage desselben eine angemessene Summe an die Landschaftskasse jährlich abgegeben werden.

— Ein Gewerbeverein in Hamburg hat den Plan gefaßt, Innungen neben den Zünften zu errichten, durch freie Vereinerung von Handwerkern aller Art; unter ihren Zwecken ist auch der, weniger Bemittelte zum Gewerbetrieb auf gemeinschaftliche Kosten und zu gemeinschaftlichem Nutzen zu verbinden; die Rohstoffe in großen Quantitäten auf Rechnung der Innungen anzuschaffen und Gewerbehallen einzurichten. Dies ist ein fruchtbarer, praktischer Gedanke.

— Aus der Stadt Pforzheim ist eine Adresse mit 280 Unterschriften an Dr. Hedder abgegangen, um ihn aufzufordern, wieder eine Abgeordnetenstelle anzunehmen.

— Die Stadt Raudten in Ostpreußen ist größtentheils abgebrannt.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.